

Juden in Deutschland bitten USA nicht-gleichgeschalteten, deutschen TV-Sender einzurichten

27. Februar 2020



Die „Jüdische Rundschau“ hat sich in den letzten Jahren zu dem wichtigsten Printorgan der deutschen und russischen Juden entwickelt, die sich einen ehrlichen Journalismus wünschen. Nun wenden sich deren Verantwortliche in einem offenen Brief an den US-Botschafter Richard Grenell in Berlin.

In ihm klagen die Verantwortlichen über die Gleichschaltung nahezu aller Medien in Deutschland und die damit einhergehende Gefährdung der Demokratie, besonders der Presse- und Meinungsfreiheit. Und bitten die USA, ein deutsches Äquivalent zum amerikanischen Sender „Fox News“ zu installieren.

[Haolam dokumentiert den Offenen Brief:](#)

Sehr geehrter Herr Botschafter,

die USA helfen seit Jahrzehnten Völkern, die in Staaten ohne ausreichende Meinungsfreiheit oder -vielfalt leben müssen. Damit beispielsweise Russen, Weißrussen, Kasachen, Turkmenen oder Iraner nicht nur auf die tendenziösen Nachrichten der in ihren Ländern dominierenden Regierungsmedien angewiesen sind, haben die Amerikaner dankenswerterweise Radio Free Europe und Radio Liberty installiert. Für die Menschen auf Kuba werden vom amerikanischen Radio/TV Martí verschiedenartige Sendungen zur besseren Meinungsbildung ausgestrahlt.

Deutschland gehört mittlerweile ebenfalls wieder zu jenen Staaten, in denen der größte Teil der Medienszene nicht parteiunabhängig berichtet. Nahezu alle wichtigen Positionen bei Fernsehsendern, Radiostationen, Presseunternehmen und Journalistenschulen sind von rot-grünen Parteisoldaten okkupiert.

Besonders deutlich ist diese Entwicklung bei öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, dem „Spiegel“, der „Zeit“ und der „Süddeutschen Zeitung“ zu beobachten. So verwundert es nicht weiter, dass diese kartellartige Gruppe von Medien bei vielen „Kampagnen“ und „Recherchen“ zusammenarbeitet.

Wenn ein Politiker, wie kürzlich Philipp Amthor von der CDU, die moslemische Einwanderung vollkommen korrekt als größte aktuelle Bedrohung für die Juden Deutschlands benennt, dann wird er von Medien in einer konzertierten Aktion unter Beschuss genommen und zur Zurücknahme oder Abänderung seiner Aussage gedrängt.

Eine Gruppe von Journalisten will bestimmen, wie der Begriff „Antisemitismus“ verwendet werden darf. Nachwuchsjournalisten werden schon früh entsprechend trainiert. Der Kulturjournalismus-Studiengang an der Universität der Künste (UdK) in Berlin, wo sich linksradikale Journalisten als Dozenten die Klinke in die Hand geben, kündigt zum Beispiel für den 13. Februar ein staatlich gefördertes Seminar über Antisemitismus an, ohne die größte und am stärksten zunehmende Gefahr für Juden mit nur einem Wort zu erwähnen.

Die deutschen Medien vermitteln mehrheitlich ein vollkommen verzerrtes Bild der Realität.

US-Präsident Trump reparierte das amerikanisch-israelische Verhältnis, beerdigte das unbeliebte TTIP-Abkommen, besiegte die IS-Schlächter im Nahen Osten, hält die Diktatoren Nordkoreas und Irans erfolgreich in Schach, verhindert eine illegale Einwanderung von Terroristen und teilweise schwerstkriminellen Migranten in die USA, verbesserte das desaströse Gesundheitssystem Obamas, gibt dem Nahost-Friedensprozess als Erster seit langem wieder neue Impulse und erreichte die niedrigste Arbeitslosenquote in seinem Land seit 50 Jahren!

Doch außer der JÜDISCHEN RUNDSCHAU gab es nur sehr wenige Medien, die über diese riesigen Erfolge des Präsidenten berichteten.

Deutsche Journalisten reden fast ausschließlich schlecht über den gewählten Chef unseres wichtigsten Bündnispartners – allen voran die Macher der ARD-„Tagesthemen“.

Das Ergebnis der Berichterstattung ist nicht überraschend: Obwohl Präsident Trump überall auf der Welt Kriegshandlungen beendet oder verhindert, ist er laut einer Umfrage des Meinungsinstituts YouGov vom vergangenen Dezember in den Augen der Deutschen die größte Gefahr für den Weltfrieden – weit vor Wladimir Putin, Nordkoreas Kim Jong Un, Irans Ajatollah Ali Chamenei und Chinas Präsident Xi Jinping.

Regelmäßig fordern ARD und ZDF dreist mehr Gebühren – aber nicht, um damit einen ausgewogeneren, parteiunabhängigeren und besser recherchierten Journalismus zu finanzieren. Ganz im Gegenteil: Einerseits bezahlen sie damit unsinnige neue Sender wie Tagesschau24, ZDFneo oder ONE, über die sie ihre „Haltung“ noch mehr Leuten unterjubeln können.

Andererseits werden mit unseren Gebührengeldern zahlreiche „Gesinnungsgenossen“ der GEZ-Journalisten unterstützt. So gehört das ZDF zu den Hauptgeldgebern der neuen linksradikalen Klamauk-Komödie „Die Känguru-Chroniken“, in der sich alles darum dreht, eine einzige der in den Bundestag gewählten Parteien mit naiver Kleinkind-Komik zu diffamieren. Es ist ein Skandal, dass für solch ein Machwerk Rundfunkgebühren, die alle Zuschauer unfreiwillig abführen müssen, zweckentfremdet werden.

Ähnlich skandalös ist, dass weiterhin Gebühren an den politisch radikal agierenden Filmproduzenten Nico Hofmann und seine Produktionsfirma UFA fließen. Hoffmanns tendenziöse Gesinnung trat schon 2018 bei der Veröffentlichung seines Buches „Mehr Haltung, bitte!“ offen zu Tage. Jetzt plant er für den 23. März in Köln einen sogenannten „Diversity-Gipfel“. Es bleibt zu hoffen, dass Hofmann und Co. mithilfe ihrer „Diversity“-Initiativen nicht noch mehr Menschen mit zweifelhaftem Verhältnis zum Antisemitismus in den deutschen Medienbetrieb bringen werden.

Die verkrustete demokratiefeindliche Vetternwirtschaft der hiesigen Medienszene, in der sich auf Linie gebrachte Agitatoren gegenseitig mit Geld und Pöstchen versorgen, muss aufgebrochen werden.

Die Amerikaner sind zu beneiden. Sie haben einen Regierungschef, der ein wirklicher Freund der Juden ist und Gefahren für sie rechtzeitig erkennt und abwehrt. Sie haben einen standfesten Präsidenten, der nicht das tut, was Journalisten wollen, sondern das, was den Menschen seines Landes nützt.

Die amerikanische Bevölkerung hat das Glück, über die Arbeit ihres Präsidenten neutraler informiert zu werden und auch die eigenen Meinungen stärker in den Medien repräsentiert zu sehen. Einen großen Anteil an der ausgewogeneren Berichterstattung in den USA hat der Sender FOX NEWS. Er lässt auch Menschen zu Wort kommen, deren Meinungen in deutschen Fernsehprogrammen fast komplett unter den Tisch fallen.

Lieber Herr Grenell, wir brauchen wie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder ein Programm zur Demokratieförderung in Deutschland. Wir benötigen ein deutsches Äquivalent zum amerikanischen FOX NEWS. Bitte helfen Sie uns! Bitte retten Sie die Meinungsvielfalt in der Bundesrepublik und die bedrohten deutsch-amerikanischen Beziehungen!“